Beschämend ist, dass vor den Grünen keine Partei den Zionismus als rassistisch bezeichnet hat

Israel ist aus ethnischer Säuberung und Apartheid hervorgegangen. Die Grünen haben erst sehr spät erkannt, was schon die ganze Zeit offensichtlich hätte sein müssen.

By Jonathan Cook, 9 October 2026

Es ist keine Schande, dass die Grünen auf ihrem Parteitag am Wochenende einen Antrag verabschiedet haben, in dem Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wird. Eine Schande ist es hingegen, dass keine der großen britischen Parteien dies schon früher getan hat.

Genau wie bei dem Anspruch der Apartheid nach „weißer Selbstbestimmung" muss man sich auch im Zusammenhang mit der sogenannten „jüdischen Selbstbestimmung" folgende Frage stellen: Was kostet das? Wer zahlt den Preis dafür, dass der Zionismus ein solches Recht für sich beansprucht?

Seit nunmehr drei Jahren beteiligt sich Großbritannien aktiv an Israels genozidalem Amoklauf in Gaza, der die Enklave in Schutt und Asche gelegt und Zehntausende palästinensischer Kinder getötet oder verstümmelt hat.

Unterdessen hat der Internationale Gerichtshof (IGH) vor zwei Jahren bestätigt, dass Israel schon lange vor dem Völkermord im Gazastreifen das Verbrechen der Apartheid begangen hat, indem es die unter seiner Herrschaft stehenden Palästinenser systematisch unterdrückte.

Bis zum Wochenende hatte es keine britische politische Partei gewagt, diese harten Realitäten anzuerkennen. Keine hatte den britischen Wählern die Möglichkeit geboten, den Staat Israel so abzulehnen, wie er tatsächlich ist, und nicht so, wie er in den Werbesprüchen seiner Gründer dargestellt wurde: als friedenssuchender Zufluchtsort für Juden.

Was die Mehrheit der Mitglieder der Grünen inzwischen akzeptiert hat, ist, dass die Ideologie des Zionismus, aus der Israel hervorgegangen ist und die dessen Weltanschauung der jüdischen Vorherrschaft zugrunde liegt, als Ursache des Problems erkannt werden muss.

Das Problem liegt nicht bei einem bestimmten Ministerpräsidenten, einer bestimmten politischen Partei oder einer bestimmten Regierung. Es ist der Staat selbst – Israel –, der Apartheid praktiziert und dessen Bürgerarmee das Massaker im Gazastreifen mit überwältigender Zustimmung der isra-

elischen Öffentlichkeit verübt hat. Die Entmenschlichung der Palästinenser – sie lediglich als Hindernisse für die „jüdische Selbstbestimmung“ zu betrachten – ist dem Zionismus, wie er von Israel verkörpert wird, inhärent. Es ist dieses Israel – und nicht irgendein potenzielles, alternatives Israel, das nie verwirklicht wurde –, das seine Befürworter, Juden wie Nichtjuden gleichermaßen, verteidigen.

Bessere Öffentlichkeitsarbeit

Das moderne Israel ist die Verwirklichung der Ideologie des Zionismus, genauso wie Südafrika in den 1980er Jahren die Verwirklichung der Ideologie der Apartheid war. Beide sind das, was Wissenschaftler als Siedlerkolonialstaaten bezeichnen. Solche Staaten weisen erkennbare Muster zutiefst rassistischen Verhaltens auf, das je nach den Umständen eskaliert.

Das beginnt oft mit ethnischen Säuberungen, bei denen die einheimische Bevölkerung entweder vertrieben oder in Reservate gedrängt wird. Der segregierten Bevölkerung werden dann im Rahmen eines Apartheid-Systems andere Rechte zugewiesen als die der Kolonisatoren. Und wenn die Einheimischen für das rassistische Projekt zu bedrohlich werden, besteht die Gefahr, dass ethnische Säuberungen und Apartheid in einen Völkermord ausarten. Das zionistische Projekt hat all diese Kriterien nacheinander erfüllt.

Es wurde 1917 in der Balfour-Erklärung offiziell von Großbritannien als explizit koloniales Vorhaben unterstützt. Der Staat Israel wurde dann 1948 durch die ethnische Säuberung von Hunderttausenden Palästinensern aus ihrer Heimat gegründet. Im Jahr 1967 weitete Israel seine territoriale Kontrolle aus, indem es noch mehr Palästinenser vertrieb. Der verbliebenen einheimischen Bevölkerung wurde ein Netz aus getrennten Ghettos auferlegt, das durch Apartheidgesetze geregelt wurde.

Schließlich, nach einem gewaltsamen eintägigen Ausbruch der Hamas im Oktober 2023 aus dem größten der Konzentrationslager, aus Gaza, machte sich Israel daran, die Enklave dem Erdboden gleichzumachen – was Menschenrechtsorganisationen, Rechtsfachleute und Wissenschaftler einhellig als Völkermord bezeichnen.

Auf dem Höhepunkt der Apartheid setzten sich die meisten weißen Südafrikaner für den Fortbestand ihres Staates als höchsten Ausdruck der „weißen Selbstbestimmung“ ein. Sie waren Anhänger einer rassistischen Ideologie, ganz gleich, welche Begründungen sie dafür vorbrachten. Die Zionisten betrachten den Fortbestand des Staates Israel als den höchsten Ausdruck einer fälschlicherweise als „jüdische Selbstbestimmung“ bezeichneten – oder, genauer gesagt, zionistischen Selbstbestimmung.

Sie sind Anhänger einer ebenso rassistischen Ideologie – wie auch immer sie diese sich selbst gegenüber rechtfertigen mögen –, deren Image sich jedoch durch die Anhängung des Etiketts „jü-

disch“ drastisch verbessert hat. Tatsächlich hat der Rassismus des israelischen Zionismus – derzeit in Form des Völkermords im Gazastreifen – einen umfassenderen Ausdruck gefunden als der Rassismus der südafrikanischen Apartheid, und zwar gerade deshalb, weil westliche Staats- und Regierungschefs Israel Jahrzehnt für Jahrzehnt bei jedem Verbrechen freie Hand gelassen haben.

Eine rote Linie ziehen

Die Mitglieder der Grünen haben endlich gesagt: „Es reicht!“ Sie haben gefordert, Israel als ein Staat, der das Verbrechen der Apartheid begeht, aufzulösen, so wie einst das Apartheid-Südafrika aufgelöst wurde. Sie haben zudem gefordert, Israel durch „einen einzigen demokratischen palästinensischen Staat im gesamten historischen Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt zu ersetzen, mit gleichen Rechten für alle und dem Rückkehrrecht für Palästinenser und ihre Nachkommen“ – was wiederum an einstige Bemühungen anknüpft, Südafrika als „Regenbogennation“ neu zu erfinden.

Als Reaktion auf die moralische Klarheit der Grünen haben sich die britischen Politik- und Medienkreise massiv gegen die Partei gewandt und ihr Antisemitismus vorgeworfen.

Genau wie bei dem Anspruch der Apartheid nach „weißer Selbstbestimmung“ muss man sich auch im Zusammenhang mit der sogenannten „jüdischen Selbstbestimmung“ folgende Frage stellen: Was kostet das? Wer zahlt den Preis dafür, dass der Zionismus ein solches Recht für sich beansprucht?

Im Fall der Apartheid in Südafrika standen die Opfer, die schwarze Bevölkerung, im Mittelpunkt der Debatte. Im Fall der Apartheid in Israel sind die Opfer, die Palästinenser, fast unsichtbar. In den britischen Medien werden die Palästinenser in der Debatte über die Politik der Grünen, wonach „Zionismus Rassismus ist“, bewusst ausgeklammert, obwohl sie aus eigener Erfahrung wissen, was Zionismus ist und was er bewirkt. Gerade jene Menschen, die Opfer von Apartheid und Völkermord geworden sind, werden ignoriert. Wie es der palästinensische Schriftsteller Mohammed el-Kurd sieht, ist er, wie auch andere Palästinenser, der wahre Kenner des Zionismus, nicht die Juden. Warum? Weil „er meinem Körper angetan wird“.

In Podiumsdiskussionen werden immer wieder führende Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinschaft und prominente jüdische Kommentatoren wie die Kolumnisten Lord Finkelstein und Jonathan Freedland ins Rampenlicht gerückt, so als wären sie die Opfer. Die palästinensische Stimme fehlt in diesen Diskussionen fast vollständig. Was das britische Establishment wieder einmal bietet, ist ein Echoraum. Die Medien haben die wenigen jüdischen Grünen aufgespürt, die über den Antrag aufgebracht sind. Gleichzeitig ignorieren sie jene jüdischen Grünen, die ihn nachdrücklich unterstützen, wie beispielsweise den Holocaust-Überlebenden Stephen Kapos. Die Gefühle der britisch-palästinensischen Mitglieder der Grünen – jener, deren Familien seit Jahrzehnten unter Israel und der zionistischen Bewegung leiden – scheinen es nicht wert zu sein, berücksichtigt zu werden.

Es ist Zeit, sich für eine Seite zu entscheiden

Der verstorbene Erzbischof Desmond Tutu, der jahrzehntelang gegen die Apartheid in Südafrika kämpfte, sagte einmal in einem berühmten Zitat: „Wer in Situationen der Ungerechtigkeit neutral bleibt, hat sich auf die Seite des Unterdrückers gestellt." Der Antrag der Grünen hat Tutus Aussage im Kontext des heutigen Großbritanniens deutlich gemacht. Es ist Zeit, eine Entscheidung zu treffen.

Wer angesichts eines Völkermords „neutral" bleiben möchte – oder lieber davon ablenkt, indem er die gesamte Schuld für Israels jahrzehntelange Verbrechen ausschließlich Benjamin Netanjahu zuschreibt –, findet zahlreiche politische Parteien, die ihn willkommen heißen.

Diejenigen, deren Gewissen es ihnen nicht mehr erlaubt, bei der vielleicht größten moralischen Frage unserer Zeit neutral zu bleiben, haben nun zum allerersten Mal eine Partei – eine einzige Partei – die ihre Ansichten vertritt.

Eine politische Partei, die sich als fortschrittlich und antirassistisch bezeichnet, sollte danach streben, diesen Idealen gerecht zu werden. Ihre Aufgabe besteht ganz sicher nicht darin, in Bezug auf Apartheid und Völkermord zweideutig zu bleiben, damit sich Zionisten in der Partei wohlfühlen. Und genau darin liegt die Gefahr für die Apologeten Israels, ob Juden oder Nichtjuden.

Wenn es einer Partei gestattet ist, den Wählern eine aussagekräftige Stimme in Bezug auf Israel – und gegen Völkermord – zu bieten, wohin könnte das dann führen? Wenn sich der Antizionismus der Grünen als Stimmenbringer erweist, könnten dann vielleicht auch andere politische Parteien plötzlich moralisches Rückgrat entwickeln?

Für die Zionisten ist es von entscheidender Bedeutung, jeglichen ernstzunehmenden Widerstand gegen die Verbrechen Israels im Keim zu ersticken. Und so greifen die üblichen Verdächtigen – völlig vorhersehbar – wieder auf das gleiche Verleumdungsrepertoire zurück, das sie bereits gegen Jeremy Corbyn eingesetzt hatten, als dieser 2015 Vorsitzender der *Labour*-Partei wurde.

Man erinnere sich daran, dass Corbyn vom britischen Establishment pauschal als Antisemit gebrandmarkt wurde, weil er Israel als das begriffen hat, was es ist: ein Apartheidstaat. Von den etablierten Medien wird natürlich verschwiegen, dass er durch das Urteil des höchsten Gerichts der Welt aus dem Jahr 2024, in dem Israel des Verbrechens der Apartheid für schuldig befunden wurde, voll und ganz bestätigt wurde. Aber egal. Die Verleumdungen trugen dazu bei, Corbyn zu zerstören. Warum also nicht denselben Trick bei der Grünen Partei und ihrem jüdischen Vorsitzenden Zack Polanski anwenden?

Nachdem Polanski bei einer am Donnerstag abgehaltenen Nachwahl den Stimmenanteil der Grünen verdreifacht hatte, aber gegen einen *Labour*-Kandidaten verlor, der von der unvermeidlichen „Flitterwochenphase" des neuen Premierministers seiner Partei profitierte, lautete der Tenor in

den Medien einheitlich: War das nicht der Beweis dafür, dass Polanski zurücktreten müsste?

Laut dem *Guardian* haben hochrangige Vertreter der *Labour*-Partei erklärt, dass die Partei nach der Abstimmung zum Zionismus eine Zusammenarbeit mit den Grünen ablehnen werde, sollte es bei den nächsten Wahlen zu einem Patt im Parlament kommen.

Mit anderen Worten: Um eine weitere, völlig aus der Luft gegriffene Antisemitismus-Kontroverse zu schüren, wird sich *Labour* dafür entscheiden, eine rechtsextreme Koalition aus Konservativen und Reformisten an die Macht zu lassen, anstatt sich mit der von Juden geführten Grünen Partei zusammenzutun.

Antisemitische Verleumdungen

In Anlehnung an die Verleumdungskampagne gegen Corbyn haben eine Handvoll Abgeordneter der *Labour*-Partei und der Liberaldemokraten diese Woche die Grünen bei der Polizei und der Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte (EHRC) wegen angeblicher Diskriminierung von Juden im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Antrags gegen den Zionismus angezeigt. Sie hoffen, dass die Gleichstellungsbehörde dazu bewegt werden kann, gegen die Grünen ebenso zu ermitteln wie zuvor gegen Corbyns *Labour*-Partei.

Polanski lässt sich nicht ohne Weiteres als Antisemit diffamieren. Deshalb wird über ihn – unter dem Deckmantel der Sorge um die Sicherheit der Juden – dasselbe Narrativ verbreitet als „die falsche Art von Jude“.

Im Jahr 2019 konnte die EHRC unter Corbyn nur vereinzelte Fälle von Antisemitismus feststellen. Dennoch lautet die neue Darstellung, dass dieselben sogenannten linken „Extremisten“, die von seinem Nachfolger Keir Starmer aus der *Labour*-Partei ausgeschlossen wurden, nun zu den Grünen gewechselt sind.

Paradoxerweise versucht der derzeitige Vorsitzende der *Labour*-Partei, Andy Burnham, gleichzeitig mit aller Kraft, die antizionistische Linke wieder für seine Partei zu gewinnen. Er ist sich bewusst, dass er die nächsten Parlamentswahlen ohne sie nicht gewinnen kann.

An der Spitze der Abgeordneten, die die Grünen bei der EHRC angezeigt haben, stehen Mike Tapp, ein ehemaliger Innenminister der *Labour*-Partei, und Mark Sewards, Vorsitzender der *Labour Friends of Israel*. Keiner von beiden ist jüdisch. Polanski, der Vorsitzende der Grünen, ist Jude. Tatsächlich ist er der einzige jüdische Vorsitzende einer großen britischen Partei.

Dieser seltsame – ja, beunruhigende – Sachverhalt wird von den Medien ebenfalls nicht thematisiert. Doch er fügt sich nahtlos in das Muster der letzten zehn Jahre ein, in denen das Establishment eine künstliche Aufregung um den „linken Antisemitismus“ geschürt hat.

Die Disziplinarverfahren der *Labour*-Partei wegen Antisemitismus wurden sowohl in der Ära Corbyn als auch in der Ära Starmer überwiegend von rechtsgerichteten, nichtjüdischen Funktionären geleitet und richteten sich unverhältnismäßig stark gegen linksgerichtete, antizionistische jüdische Parteimitglieder.

Bemerkenswert ist, dass unter Starmer die Wahrscheinlichkeit, aus der Labour-Partei ausgeschlossen zu werden, für Juden 13-mal höher war als für nichtjüdische Parteimitglieder. Der von Starmer angeführte rechte Flügel der *Labour*-Partei, dem sich auch die etablierten Medien anschlossen, zeigte sich angesichts dieser Tatsache nicht nur völlig unbeeindruckt, sondern feierte die Welle der Ausschlüsse sogar offen.

Wenn dies überhaupt zur Kenntnis genommen wurde – was selten vorkam –, wurde die Verfolgung antizionistischer, antirassistischer Juden implizit damit gerechtfertigt, dass sie „die falsche Art von Juden" seien – das eklatanteste aller antisemitischen Klischees. Polanski, Vorsitzender der Grünen, lässt sich nicht so einfach als Antisemit diffamieren. Daher wird für ihn – unter dem Deckmantel der Sorge um die Sicherheit der Juden – dieselbe Erzählung konstruiert, wonach er „die falsche Art von Jude" sei.

Im Einklang mit dieser Darstellung reagierte Israel unverzüglich auf die neue Politik der Grünen, indem es Polanski die Einreise verwehrte – obwohl der Zionismus den „jüdischen Staat" Israel zu einem unverzichtbaren Zufluchtsort für alle Juden erklärt hat.

Es handelt sich um denselben israelischen Staat, der, wie die Rechtsorganisation *Adalah* feststellt, Dutzende von Apartheidgesetzen verabschiedet hat, die Juden in allen Lebensbereichen besondere Privilegien einräumen, die der stark unterdrückten Minderheit von zwei Millionen palästinensischen „Bürgern" des Landes verwehrt bleiben.

Dieses Apartheid-System wurde 2018 zudem mit dem Nationalstaatsgesetz, „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes", gesetzlich verankert. Es schließt Palästinenser ausdrücklich von den Grundrechten in ihrer eigenen Heimat aus.

Arglist

Im Jahr 1975, als Israel seine illegale und gewaltsame militärische Besatzung der Palästinenser im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem festigte, verabschiedete eine Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eine Resolution, die mit dem Antrag der Grünen identisch war. Die Generalversammlung erklärte: „Der Zionismus ist eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung".

Diese Resolution blieb 16 Jahre lang in Kraft, bis sich die Welt 1991 dramatisch veränderte. Die Sowjetunion brach zusammen, wodurch kleinere Staaten schutzlos und verwundbar gegenüber der einzigen militärischen Supermacht, den USA, wurden.

Präsident George H. W. Bush nutzte den Moment, um die UN-Mitgliedstaaten dazu zu drängen, ihre Unterstützung für die Resolution zurückzuziehen, während Israel eine Manipulationskampagne startete, in deren Rahmen es sich weigerte, Friedensgespräche mit den Palästinensern aufzunehmen, solange die Resolution nicht zurückgenommen würde. Vor diesem Hintergrund hob die UN-Generalversammlung ihre Feststellung auf, dass Zionismus Rassismus sei.

Der darauf folgende Friedensprozess – die Osloer Abkommen – führte 1993 zur Unterzeichnung eines Abkommens auf dem Rasen des Weißen Hauses, von dem viele Palästinenser annahmen, es würde zu einem palästinensischen Staat neben Israel führen. Sie sollten bitter enttäuscht werden.

Israel baute seine Siedlungen während der Oslo-Jahre in beispiellosem Tempo aus und verschlang dabei die Gebiete, die eigentlich einen palästinensischen Staat bilden sollten. Unvergesslich ist die Bemerkung des palästinensischen Unterhändlers Michael Tarazi über den Scheinprozess von Oslo, er sei so, als würde man über ein Stück Pizza verhandeln, während eine der Parteien es gerade isst.

Israel versäumte es wiederholt, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, wie es im Zuge des Oslo-Abkommens versprochen hatte. Allmählich schwand das Vertrauen der Palästinenser in Israels guten Willen.

Israel war schon immer ein rassistisches Projekt. Die Grünen haben endlich – wenn auch sehr spät – erkannt, was schon die ganze Zeit offensichtlich hätte sein müssen.

Die palästinensischen „Gemäßigten“, die an den Verhandlungen teilnahmen, wirkten diskreditiert. Die Popularität der Hamas schoss in die Höhe, insbesondere in dem Konzentrationslager, zu dem Israel den Gazastreifen gemacht hatte. Israel hat den Gazastreifen nicht nur abgeriegelt, sondern ihn auch einer Hungerkur unterzogen und dann zeitweise „den Rasen gemäht“, indem es Stadtviertel in die Luft sprengte und wahllos Zivilisten niedermetzelte.

All dies gipfelte im Ausbruch der Hamas aus dem Gazastreifen im Oktober 2023 und dem darauf folgenden völkermörderischen Amoklauf Israels. Dieser Völkermord zwingt erneut zu einer moralischen Neubewertung Israels – und zu der Erkenntnis, dass Israel es mit dem Frieden nie ernst gemeint hat. Israel entstand als kolonialistisches Siedlungsprojekt. Es hatte nie die Absicht, Gebiete abzutreten oder einen palästinensischen Staat zuzulassen. Die Entmenschlichung der Palästinenser war ein wesentlicher Bestandteil seiner Mission.

Mit anderen Worten: Israel war schon immer ein rassistisches Projekt. Die Grünen haben endlich – wenn auch sehr spät – erkannt, was schon die ganze Zeit offensichtlich hätte sein müssen. Dafür sollten wir es nicht an den Pranger stellen. Stattdessen müssen wir diejenigen anprangern, deren Ziel es ist, Israel mehr Zeit zu verschaffen, damit es seine täglichen rassistischen Verbrechen gegen das palästinensische Volk weiter begehen kann. Wir sind schon lange viel zu nachsichtig und haben viel zu lange gewartet. Israel wird sich nicht ändern. Sein Rassismus sitzt zu tief.

Jonathan Cook ist Autor von drei Büchern über den israelisch-palästinensischen Konflikt und Preisträger des Martha-Gellhorn-Sonderpreises für Journalismus. Seine Website und sein Blog sind zu finden unter www.jonathan-Cook.net.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Linie von Middle East Eye wider.

Quelle:
https://www.middleeasteye.net/opinion/whats-shameful-no-party-greens-called-zionism-racist?utm_source=substack&utm_medium=email

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de